

# Deutschland am Tropf



**Rohstoffe.** Um die Wirtschaft nachhaltig umzubauen, sind mineralische Rohstoffe elementar wichtig. Deutschland verfügt aber nur über geringe eigene Vorkommen. Dadurch ist die Bundesrepublik von rohstoffstarken Ländern, vor allem von China, stark abhängig. Es gilt, die Importe auf mehr Länder zu verteilen, sich stärker finanziell an internationalen Projekten zu beteiligen und das Rohstoff-Recycling voranzutreiben. Wie das deutsch-kanadische Unternehmen Rock Tech Lithium Inc. diese Aufgabe angeht, erklärt dessen Strategiechef Konstantin Deichsel im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-7](#)

## Rentenpaket II

Die Bundesregierung will das jetzige Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente langfristig festzurren. Dies dürfte den Rentenbeitragssatz in die Höhe treiben.

—> [Seiten 10-11](#)

## USA

Eine zweite Präsidentschaft Donald Trumps könnte der US-Wirtschaft massiv schaden – die langfristigen Folgen für Deutschland wären sogar noch gravierender.

—> [Seiten 12-13](#)

# Die große Abhängigkeit

**Rohstoffe.** Deutschland hat wenig eigene Rohstoffvorkommen und ist daher auf Lieferungen aus dem Ausland angewiesen. Die Transformation der Wirtschaft hat dabei zu einer verstärkten Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen geführt. Drei Beispiele zeigen, dass die deutsche Wirtschaft bei diesen Ressourcen von einigen Lieferländern in erheblichem Maße abhängig ist. Daher müssen Unternehmen und Politik mehr tun, um die Versorgung Deutschlands langfristig zu sichern.

Klimaneutral und digital – so soll die Zukunft Deutschlands aussehen. Um diese Ziele zu erreichen, braucht es neben innovativen Ideen und fachlicher Umsetzung vor allem die passenden Rohstoffe. Da die Bundesrepublik aber nur über geringe Vorkommen wichtiger Grundstoffe verfügt und die vorhandenen zum Teil auch nicht zutage fördert, ist sie auf ausländische Zulieferer angewiesen. Innerhalb des europäischen Binnenmarkts kann Deutschland seinen Bedarf nicht ansatzweise decken, weil – ähnlich wie im eigenen Land – auch in den anderen EU-Mitgliedsstaaten nur geringe Vorkommen zentraler Rohstoffe zu finden sind.

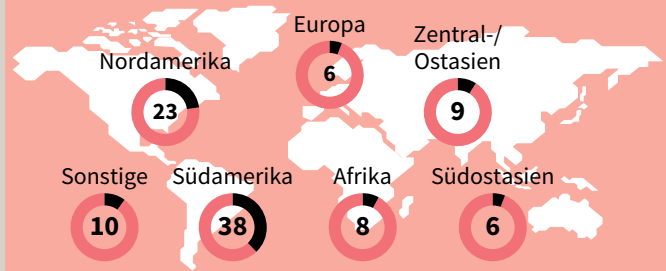
Um zum einen einen Überblick über den Markt für Rohstoffe zu bekommen und zum anderen die deutschen Abhängigkeiten besser einschätzen und einordnen zu können, hat die IW Consult zusammen mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung drei für die Transformation entscheidende Rohstoffe untersucht: Kupfer, Lithium und seltene Erden.

**Kupfer.** Für das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland ist Kupfer ein elementarer Rohstoff. Fast jeder vierte Beschäftigte dieses Wirtschaftsbereichs ist in der Produktion von kupferhaltigen Erzeugnissen tätig – das entspricht etwa 1,8 Millionen Menschen. Der Anteil an der Bruttowertschöpfung der Industrie liegt mit 30 Prozent sogar noch darüber. Er summierte sich im Jahr 2022 auf 216 Milliarden Euro. Am stärksten prägt der Rohstoff Kupfer den Bereich Elektrische Ausrüstungen – 86 Prozent der dort erzielten Bruttowertschöpfung war 2022 der Fertigung von kupferhaltigen Gütern zuzuschreiben.

## Kupfer: Vorkommen, Bedarf, Bedeutung

### Globale Verteilung der Ressourcen

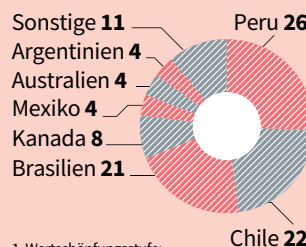
in Prozent des Gesamtgewichts



### Die wichtigsten deutschen Partner

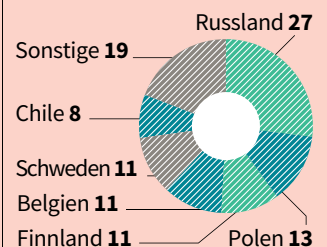
Durchschnittliche jährliche Kupferimporte Deutschlands im Zeitraum 2016 bis 2020 in Prozent der gesamten Importmenge

#### 1. Wertschöpfungsstufe



1. Wertschöpfungsstufe: Kupfererz und Kupferkonzentrat

#### 3. Wertschöpfungsstufe



3. Wertschöpfungsstufe: raffiniertes Rohkupfer

### Kupfer als Wirtschaftsfaktor

Wirtschaftliche Kennzahlen für die kupferverarbeitenden Unternehmen in Deutschland im Jahr 2022

Erwerbstätige: 1,8 Millionen      Bruttowertschöpfung: 216 Milliarden Euro  
Produktionswert: 674 Milliarden Euro

Davon entfielen so viel Prozent auf diese Branchen:

Branchen	Erwerbstätige (%)	Bruttowertschöpfung (%)	Produktionswert (%)
Kraftwagen und Kraftwagenteile	37	47	48
Elektrische Ausrüstungen	22	19	17
Maschinenbau	19	14	15
Elektronische und optische Erzeugnisse	9	10	8
Sonstiger Fahrzeugbau	7	6	8
Metallindustrie	6	4	4

Quellen: Hammerstorm et al. (2021), Statistisches Bundesamt, UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

Im Sonstigen Fahrzeugbau und im Kraftfahrzeugbau betrug dieser Anteil 83 beziehungsweise 78 Prozent.

Kupfer liegt vor allem auf der anderen Seite des Atlantiks in den Böden (Grafik Seite 2):

**38 Prozent der weltweiten Kupferreserven sind in Südamerika zu finden, weitere 23 Prozent in Nordamerika.**

Deutschland importiert den Rohstoff in verschiedenen Wertschöpfungsstufen. Kupfererz und Kupferkonzentrat beziehen hiesige Unternehmen vor allem aus Peru, Chile und Brasilien – auf diese drei Länder konzentrierten sich im Zeitraum von 2016 bis 2020 knapp 70 Prozent der Importe.

Raffiniertes Kupfer stammte im selben Zeitraum zu mehr als einem Viertel aus Russland – nach den Sanktionen im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine ging der Anteil im Jahr 2023 allerdings auf 6 Prozent zurück. Weitere wichtige Lieferanten sind Polen, Finnland, Belgien und Schweden, auf die jeweils zwischen 11 und 13 Prozent der Importe von raffiniertem Kupfer entfielen.

Anhand der Angebotskonzentration – nur wenige Länder weltweit verfügen über relevante Kupfervorkommen oder exportieren in großem Maße kupferhaltige Produkte – und des Länderrisikos der Exportnationen lassen sich 19 Prozent der kupferhaltigen Importe als gefährdet einstufen. Dabei steigt die Gefahr entlang der Wertschöpfungskette. Das liegt daran, dass die ersten Schritte der Kupferverarbeitung einfach sind und kein spezifisches Fachwissen voraussetzen. Anders sieht das für Vorleistungs- und fertige Konsumgüter aus, wodurch sich deren Herstellung auf wenige Länder konzentriert – allen voran auf China.

**Lithium.** Ohne Lithium keine Elektromobilität – so einfach ist die Rechnung, bis alternative Batterien entwickelt werden. Auch in Smartphones ist das Metall in der Regel verbaut. Die größten Lithiumvorkommen gibt es auf dem südamerikanischen Kontinent (Grafik):

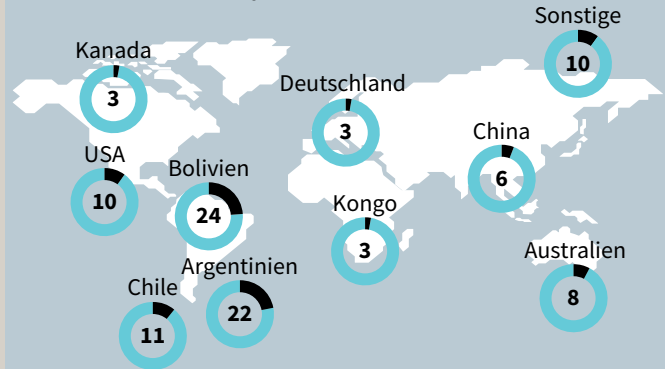
**Bolivien, Argentinien und Chile verfügen zusammen über annähernd 60 Prozent der weltweiten Lithiumressourcen.**

Aus Chile kommt mit 72 Prozent auch der größte Teil der deutschen Importe von reinem Lithiumcarbonat. Betrachtet man allerdings zusätzlich Vorprodukte und fertige Güter, die Lithium enthalten, ist China Deutschlands wichtigster Handelspartner. Im Jahr 2022 stammten rund 23 Prozent aller lithiumhaltigen Importe aus dem Reich der Mitte. Tschechien und die USA folgten mit jeweils 8 Prozent. Die Vormachtstellung Chinas führt dazu, dass der Anteil der gefährdeten deutschen Lithiumimporte mit 31 Prozent deutlich höher ist als der entsprechende Wert für Kupfer.

**Lithium: Vorkommen, Bedarf, Bedeutung**

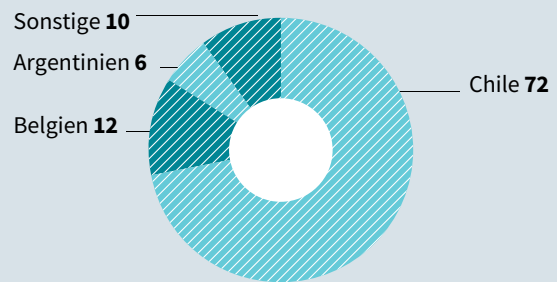
**Globale Verteilung der Ressourcen**

*in Prozent des Gesamtgewichts*



**Die wichtigsten deutschen Partner**

*Durchschnittliche jährliche Importe Deutschlands von Lithiumcarbonat von 2016 bis 2020 in Prozent der Gesamtimporte*



**Lithium als Wirtschaftsfaktor**

*Wirtschaftliche Kennzahlen für die lithiumverarbeitenden Unternehmen in Deutschland im Jahr 2022*

- Erwerbstätige: 480.700
- Bruttowertschöpfung: 69 Milliarden Euro
- Produktionswert: 216 Milliarden Euro

Davon entfielen so viel Prozent auf diese Branchen:

Branchen	Erwerbstätige (%)	Bruttowertschöpfung (%)	Produktionswert (%)
Kraftwagen und Kraftwagenteile	85	89	90
Elektrische Ausrüstungen	8	5	5
Gummi, Kunststoffe, Chemie, Glas und Keramik	4	3	3
Elektronische und optische Erzeugnisse	3	3	2

Quellen: Statistisches Bundesamt, UN Comtrade, U.S. Geological Survey, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

In der lithiumhaltigen Produktion sind in Deutschland rund 480.000 Menschen beschäftigt. Die vergleichsweise hohe Bruttowertschöpfung von 69 Milliarden Euro und der Produktionswert von etwa 216 Milliarden Euro lassen sich darauf zurückführen, dass der Kraftfahrzeugbau am stärksten in die Verwendung von Lithium eingebunden ist.

**Seltene Erden.** Im Sonstigen Fahrzeugbau und im Kraftfahrzeugbau wird mit 67 beziehungsweise 65 Prozent ein Großteil der Wertschöpfung mit Produkten erzielt, die seltene Erden enthalten. Ebenfalls stark auf den Rohstoff angewiesen sind die Hersteller von elektronischen und optischen Erzeugnissen (55 Prozent). In der Summe steuerte die Fertigung von Gütern, die seltene Erden enthalten, zuletzt mit rund 161 Milliarden Euro 21 Prozent der gesamten industriellen Wertschöpfung bei. Etwa 1,3 Millionen Menschen sind in diesem Bereich erwerbstätig – und damit 17 Prozent aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes.

Auf den größten Reserven für seltene Erden sitzt China (Grafik). Mehr als ein Drittel der weltweiten Vorkommen findet sich in der Volksrepublik. Weitere nennenswerte Vorräte besitzen Brasilien, Australien, Russland und Grönland.

Wie für Kupfer und Lithium geht auch für die seltenen Erden das größte importseitige Risiko für Deutschland von China aus. Von dort stammen rund 58 Prozent der Importe, die seltene Erden enthalten. Insgesamt lässt sich knapp ein Fünftel der eingeführten seltenen Erden oder Produkte mit dem Rohstoff als gefährdet einstufen.

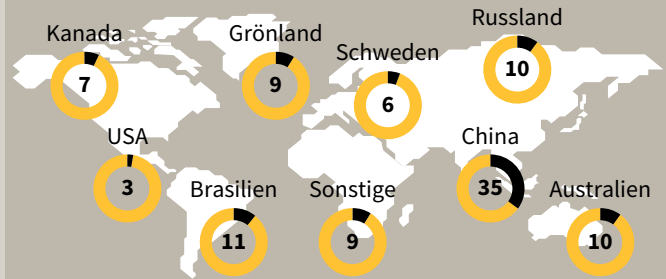
Um die Rohstoffversorgung insgesamt langfristig zu sichern und die Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern zu reduzieren, kann Deutschland auf unternehmerischer und auf staatlicher Ebene gezielte Maßnahmen ergreifen:

- Um weniger Rohstoffe beziehen zu müssen, sind ein verbessertes Recycling und eine höhere Material- und Rohstoffeffizienz ein effektiver Weg.
- Unternehmen können ihren Rohstoffbezug absichern, indem sie zum einen langfristige Lieferverträge abschließen und zum anderen auf eine größere Zahl an Lieferanten setzen.
- Deutschland und die anderen europäischen Länder könnten ihre eigenen Vorkommen stärker fördern. Unter dem Staatsgebiet der Bundesrepublik finden sich zum Beispiel etwa 3 Prozent der weltweiten Lithiumreserven. Wichtig ist dabei, fördernde Unternehmen mit schlanken Genehmigungsverfahren und Sicherheiten für ihre Investitionen zu unterstützen. Außerdem muss sichergestellt sein, dass die Rohstoffe innerhalb der EU weiterverarbeitet werden können.

## Seltene Erden: Vorkommen, Bedarf, Bedeutung

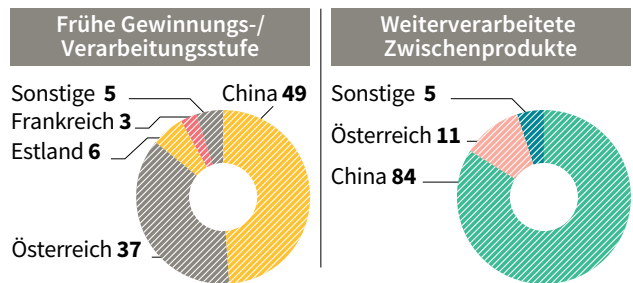
### Globale Verteilung der Ressourcen

in Prozent des Gesamtgewichts



### Die wichtigsten deutschen Partner

Durchschnittliche jährliche Importe Deutschlands von seltenen Erden von 2016 bis 2020 in Prozent der gesamten Importmenge



Frühe Gewinnungs-/Verarbeitungsstufe: Seltenerdchemikalien mit relativ niedriger Konzentration an Seltenerdoxid  
 Weiterverarbeitete Zwischenprodukte: Seltenerdmetalle, auch untereinander gemischt oder miteinander legiert

### Seltene Erden als Wirtschaftsfaktor

Wirtschaftliche Kennzahlen für die Unternehmen in Deutschland, die seltene Erden verarbeiten, im Jahr 2022

- Erwerbstätige: 1,3 Millionen
- Bruttowertschöpfung: 69 Milliarden Euro
- Produktionswert: 501 Milliarden Euro
- 161 Milliarden Euro

Davon entfielen so viel Prozent auf diese Branchen:

Branchen	Erwerbstätige (%)	Bruttowertschöpfung (%)	Produktionswert (%)
Kraftwagen und Kraftwagenteile	46	55	56
Elektronische und optische Erzeugnisse	15	15	12
Elektrische Ausrüstungen	11	9	8
Maschinenbau	8	6	6
Sonstiger Fahrzeugbau	8	6	9
Möbel und sonstige Waren	4	3	2
Chemie	2	2	2
Sonstige Industrie	6	4	5

Quellen: Zhou et al. (2017), Statistisches Bundesamt, UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd

### Gutachten

Cornelius Bähr et al: Kritisch für die Wertschöpfung – Rohstoffabhängigkeit der deutschen Wirtschaft

[iwkoeln.de/rohstoffe](http://iwkoeln.de/rohstoffe)

# Gefährlich unbeteiligt

**Rohstoffversorgung.** Deutschland ist vom Ausland abhängig, um seinen Bedarf an kritischen Rohstoffen zu decken. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Beteiligungen deutscher Investoren an ausländischen Bergbauunternehmen allerdings eingebrochen. Das gilt auch für andere EU-Staaten. Höchste Zeit also, gegenzusteuern.

Lange hat sich das Gros der deutschen Unternehmen darauf verlassen, dass sie benötigte Rohstoffe dank eines funktionierenden Weltmarkts jederzeit und in beliebiger Menge beschaffen können. Doch die Coronapandemie, Lieferkettenprobleme und zunehmende internationale Spannungen haben gezeigt, dass diese Strategie gefährlich ist – und vor allem kostspielig.

**Die Weltmarktpreise für Industriemetalle sind zwischen April 2021 und Juni 2022 um 54 Prozent gestiegen und seitdem auch nicht mehr gesunken.**

Zudem ist die Abhängigkeit von China als Lieferant von minerali-

schen Rohstoffen wie seltenen Erden und Gallium groß.

Es ist also an der Zeit, die Rohstoffversorgung breiter und sicherer aufzustellen. Ein probates Mittel sind Beteiligungen an ausländischen Bergbauunternehmen. Hier ging die Entwicklung in den vergangenen Jahren aber in die falsche Richtung (Grafik):

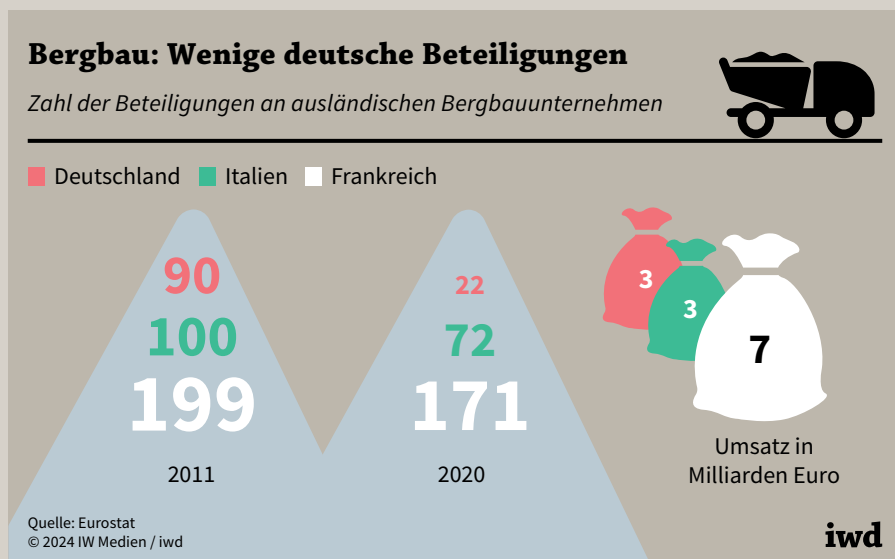
**Von 2011 bis 2020 sank die Zahl der deutschen Beteiligungen an ausländischen Bergbauunternehmen von 90 auf 22. Sie verteilen sich noch auf vier Länder.**

Zwar hat Deutschland in den vergangenen Jahren Rohstoffpartnerschaften mit Ländern wie Kasachstan, Chile und Südafrika geschlos-

sen, doch diese Abkommen müssen in Zukunft mehr sein als bloße Absichtserklärungen.

Auch in anderen europäischen Industrienationen nahmen die Beteiligungen an ausländischen Bergbauunternehmen ab, allerdings weniger stark und von einem deutlich höheren Niveau aus. In Frankreich gingen sie im selben Zeitraum von 199 auf 171 in acht verschiedenen Ländern zurück, italienische Firmen verfügten im Jahr 2020 über 72 Beteiligungen (vormals: 100) in 17 Ländern. Im Vergleich zu den großen global operierenden Bergbaunationen Großbritannien, Australien und China liegen alle EU-Länder in Sachen Beteiligungen und Umsatz weit zurück.

Auf EU-Ebene gilt es daher, schnell für den Abschluss diverser laufender Handelsabkommen zu sorgen, sich um weitere Rohstoffpartnerschaften zu bemühen und die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen zu verbessern, die Beteiligungen im Ausland anstreben – etwa über eine neu zu schaffende Kapitalmarktunion.



**IW-Kurzbericht 11/2024**  
Melinda Fremerey, Simon Gerards Iglesias:  
Geringe Anzahl und Diversität bei Rohstoffbeteiligungen im Ausland  
[iwkoeln.de/rohstoffbeteiligungen](http://iwkoeln.de/rohstoffbeteiligungen)



**Interview.** Um die Elektromobilität voranzutreiben, braucht es große Mengen an kritischen Rohstoffen. Einer davon ist Lithium. **Konstantin Deichsel**, Head of Strategy & Business Innovation beim deutsch-kanadischen Rohstoffunternehmen Rock Tech Lithium Inc., erklärt, wann es das erste in Europa hergestellte Lithiumhydroxid in Batteriequalität geben könnte.



Foto: privat

# „Bergbau lässt sich durchaus nachhaltig betreiben“

**Ihr Unternehmen will die E-Automobilindustrie mit hochqualitativem Lithiumhydroxid „Made in Germany“ beliefern. Wie weit ist dieses Vorhaben gediehen?**

Wir haben 2021 angefangen, den Bau eines Lithiumkonverters in Guben zu planen. Wir wären innerhalb kürzester Zeit in der Lage, mit dem Bau dieses großen Industrieprojekts zu starten, wenn es da nicht regulatorische und politische Hürden gäbe.

**Sie sprechen die in Aussicht gestellten 200 Millionen Euro Subventionen der Bundesregierung für dieses Projekt an. Wie ist denn der Stand der Dinge?**

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sagt man uns, wir müssten uns gedulden. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will dem Vernehmen nach bis Ostern Klarheit schaffen, was wir begrüßen würden.

**Warum warten Sie auf die Zusage? Sie könnten doch auch ohne Subvention loslegen.**

Die 200 Millionen Euro der Bundesregierung sind unabdingbar, um das Projekt in Guben im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu machen. Andernfalls

ist das Vorhaben schlicht nicht finanzierbar und würde sich auf unbestimmte Zeit verzögern.

Ich erkläre kurz das Problem: Deutschland und Europa werden derzeit nicht als ernst zu nehmende Spieler im kritischen Rohstoffbereich wahrgenommen. Der Critical Raw Material Act der EU stellt zwar die hohen Ansprüche und Absichten klar, indem er festlegt, dass 10 Prozent der kritischen Rohstoffe auf europäischem Boden abgebaut und 40 Prozent der kritischen Rohstoffe hier verarbeitet werden sollen. Aber er zeigt nicht auf, wie man da hinkommen will. Es gibt zwar beschleunigte Genehmigungsverfahren für Unternehmen wie uns, aber wichtiger wäre es, gleiche oder gerechte Geschäftsbedingungen im internationalen Wettbewerb zu schaffen.

In anderen G-7-Staaten würden Projekte wie unseres, das eine Investitionssumme von 800 Millionen Euro hat, bis zu 50 Prozent staatlich gefördert. Und in China, dem großen Konkurrenten, der derzeit rund 80 Prozent des weltweiten Lithiumhydroxids produziert, spielen Investitionskosten im Grunde überhaupt keine Rolle.

**Angenommen, Sie bekommen die Zusage für die 200 Millionen Euro zeitnah. Wie lange dauert es, bis das erste Lithiumhydroxid im Gubener Werk hergestellt werden kann?**

Wir gehen davon aus, dass wir die Anlage noch im Jahr 2026 fertigstellen und in Betrieb nehmen können.

**Für wie viele E-Autos würden Sie in Guben Lithiumhydroxid herstellen?**

Wir rechnen damit, dass die Menge für 500.000 bis 600.000 Autos pro Jahr ausreicht. Die exakte Zahl hängt letztlich davon ab, wie groß die Batterien in den E-Autos ausgelegt sind.

**Sie investieren auch in Kanada. Was machen Sie dort?**

Wir sind ein deutsch-kanadisches Unternehmen, unser Hauptquartier befindet sich in Toronto. In Kanada haben wir zwei Projekte: ein Minenprojekt, um das Lithiummineral Spodumen abzubauen. Das zweite Projekt ist eine Lithiumanlage, die wir in Ontario nach dem Vorbild von Guben errichten wollen. Wir können in Kanada also den selbst abgebauten Rohstoff direkt vor Ort verarbeiten. Unsere Mine ist nur 60 Kilometer vom geplanten Standort der Anlage entfernt.

**Warum engagieren Sie sich ausgerechnet in Ontario?**

Der Distrikt Thunder Bay, wo wir unseren ersten kanadischen Lithiumkonverter bauen wollen, ist ein aufstrebendes Lithiumabbaugebiet. Aufgrund der in Ontario vorhandenen Bodenschätze planen bereits viele Unternehmen wie Stellantis, LG und Volkswagen, dort Batteriefabriken zu errichten. Unser Ziel ist es, noch deutlich vor Ende dieses Jahrzehnts den nordamerikanischen Kontinent und insbesondere Ontario mit lokalem Lithium zu versorgen.

**Erhalten Sie von der kanadischen Regierung eine Förderung?**

Wir sind in vielversprechenden Gesprächen diesbezüglich. Die kanadische Regierung sieht die signifikanten Vorteile, die Investments wie das unsrige bringen werden. Kanada will den eigenen Rohstoffreichtum nicht nur für den Export nutzen, sondern die Wertschöpfung komplett im Land halten.

**Für wie viele Autos soll denn Ihre kanadische Anlage Lithiumhydroxid produzieren?**

Wir überlegen, die Anlage in Kanada bis zu 50 Prozent größer als die in Guben auszulegen und könnten nach der Fertigstellung bis zu 36.000 Tonnen Lithiumhydroxid pro Jahr produzieren. Damit ließen sich ungefähr 900.000 E-Autos bestücken.

**Bergbau ist üblicherweise immer mit Umweltbelastungen verbunden. Sie bezeichnen sich selbst**

**als ein nachhaltiges Unternehmen. Wie passt das zusammen?**

Wenn wir von Kohle, Gas und Öl wegkommen wollen, brauchen wir Rohstoffe wie seltene Erden, Kupfer und Lithium, um elektrische Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, zu übertragen und zu speichern. Dafür braucht man den Bergbau – und der lässt sich durchaus nachhaltig betreiben. Der Spodumen-Bergbau hat den großen Vorteil, dass beim Abbau keine gefährlichen Chemikalien eingesetzt werden. Der Abraum, der dabei entsteht, ist vergleichbar mit Strandsand ohne nennenswertes Gefahrenpotenzial für die Umwelt. Außerdem werden unsere Anlagen mit grünem Strom betrieben.

**Wird Ihr Lithium dadurch teurer?**

Die Herstellungskosten sind in Europa etwas höher als im Referenzland China. China hat grundsätzlich niedrigere Lohnkosten, niedrigere Energiekosten und deutlich niedrigere Kosten für die Reststoffentsorgung.

Wir rechnen aber damit, dass die Nachfrage nach hochwertigem Lithium aus Europa dauerhaft hoch sein wird. Deshalb gehen wir davon aus, dass die Investition bereits bei den zu erwartenden Marktpreisen ohne Prämien oder Schutzzölle rentabel ist. Insbesondere rechnen wir nicht mit dauerhaften Staatshilfen. Unser Geschäftsmodell basiert darauf, dass wir in Europa produzieren und mit Marktpreisen rechnen – vom Einkauf bis zum Verkauf.

**Sie wollen auch Lithium recyceln. Wo soll das stattfinden?**

Perspektivisch in Guben. Rein technisch könnten wir dort bereits ab der ersten Inbetriebnahme Lithiumrezyklate verarbeiten. Allerdings wird Recycling von Lithium erst in einigen Jahren, möglicherweise Jahrzehnten, wirklich zur Deckung des weltweiten Lithiumbedarfs beitragen. Noch wächst der Bedarf an diesem Rohstoff einerseits zu stark und die Menge an Batterien am Ende ihres Lebenszyklus ist andererseits noch viel zu gering. 2030 kann Recycling vielleicht 10 Prozent des Lithiumbedarfs ersetzen, 2050 vielleicht 30 oder 40 Prozent.

**Sie setzen voll und ganz auf Lithium. Was ist, wenn E-Autos künftig nicht von Lithium-Ionen-Batterien, sondern von Natrium-Ionen-Batterien angetrieben werden oder von einer ganz anderen Technik?**

Dann freuen wir uns erst mal, denn das bedeutet, dass die E-Mobilität beziehungsweise die Energiewende grundsätzlich schneller vonstattengeht als geplant. Wir sind allerdings fest davon überzeugt, dass sich die günstigste und sicherste Technologie durchsetzen wird, und das ist die Lithium-Ionen-Batterie. Sie ist aktuell konkurrenzlos, was Preis und Leistung angeht.

# Vieles gleich und doch anders

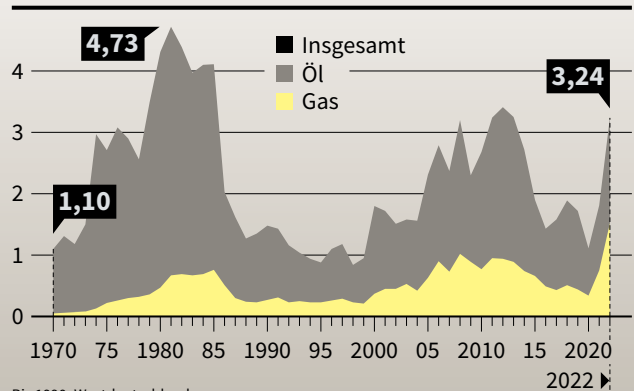
**Wirtschaftskrisen.** Vor 50 Jahren erschien die erste Ausgabe der wissenschaftlichen Reihe IW-Trends – und damals wie heute wurde die Wirtschaft in Deutschland von einer Energiekrise und deren Folgen gebeutelt. Anlass genug für das IW, die Situation zur Mitte der 1970er Jahre mit der jetzigen zu vergleichen. Einige Parallelen sind offensichtlich – die hohen Energiepreise haben die allgemeine Inflation angeheizt und die Konjunktur gedrosselt. Der Staat steht erneut vor der Herausforderung, wirtschaftliches Wachstum zu fördern und zugleich die Stabilität der öffentlichen Haushalte zu wahren. Deutlich verändert hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt, vor allem angesichts des demografischen Wandels. Letzterer erfordert dringender denn je eine Antwort auf die seit Jahrzehnten diskutierte Frage, wie viel Sozialstaat wir brauchen und wie dieser zu finanzieren ist.

## Aus IW-Trends 1/2024

Institut der deutschen Wirtschaft: 50 Jahre IW-Trends – neun Jubiläumspublikationen  
[iwkoeln.de/50-jahre-iw-trends](http://iwkoeln.de/50-jahre-iw-trends)

## Die Bedeutung von Gas- und Ölimporten

Deutschlands Nettoimporte von Erdgas und Erdöl in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Bis 1990: Westdeutschland

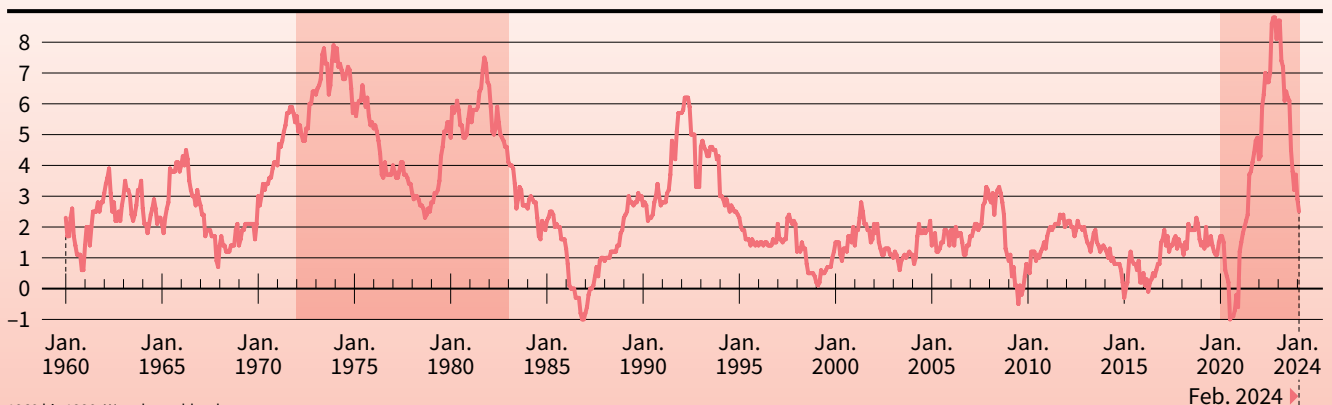
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsverband Fuels und Energie, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd

iwd

Wie schon ab 1974 sind auch in jüngster Zeit die Importkosten für Energiegüter drastisch gestiegen. Erhöhte damals fast ausschließlich der Ölpreis die deutsche Energierechnung, waren es zuletzt Öl und Erdgas gleichermaßen. Die Reaktion der Wirtschaftspolitik unterscheidet sich ebenfalls: Mit einem nachfrageorientierten Konjunkturprogramm hatte der Staat die erste Ölkrise noch weiter angefacht – im Jahr 2022 hat die Bundesregierung mit Preisbremsen dagegehalten.

## Die Inflationsrate

Veränderung der Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



1960 bis 1990: Westdeutschland

Quellen: Federal Reserve Bank of St. Louis, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd

iwd

Getrieben von den gestiegenen Gas- und Ölpreisen hat die Inflation in Deutschland im Jahr 2022 kräftig angezogen. Allerdings spielen auch nachfrageseitige Effekte eine Rolle für die jüngste Teuerungswelle – etwa die hohe Bereitschaft der Bundesbürger, nach der Pandemie wieder Geld für Urlaube und Freizeitaktivitäten auszugeben.



## Die Konjunkturreffekte der Krisen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Westdeutschland				Deutschland			
	1973	1974	1975	1976	2020	2021	2022	2023
Reales Bruttoinlandsprodukt	4,8	0,9	-0,9	4,9	-3,8	3,2	1,8	-0,3
Privater Konsum	2,8	-0,2	3,7	4,2	-5,9	1,5	3,9	-0,8
Staatskonsum	6,2	5,6	4,5	2,1	4,1	3,1	1,6	-1,7
Ausrüstungsinvestitionen	0,2	-9,5	-1,2	5,9	-11,1	2,8	4,0	3,0
Bauinvestitionen	0,0	-8,3	-6,7	1,8	3,9	-2,6	-1,8	-2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Die Ölkrise zur Mitte der 1970er Jahre sowie die Pandemie und die Folgen des Ukraine-Kriegs haben die Wirtschaftsleistung in (West-)Deutschland zumindest zeitweise sinken lassen. Dabei ging der private Konsum in der jüngsten Krisenphase deutlich stärker zurück. Die Bauinvestitionen litten dagegen 1974 und 1975 erheblich mehr als zuletzt, vor allem infolge des damals hohen Zinsniveaus.

## Die Staatsschulden

Schuldenstand in Deutschland in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

1970	17,8	Zinsausgaben des Staates in Prozent der Steuereinnahmen	4,0
1975	23,6		6,1
1980	30,3		8,6
1985	39,5		12,8
1990	41,2		12,2
2000	57,4		13,5
2010	78,4		11,3
2020	63,8		2,8
2021	64,2		2,4
2022	61,1		2,8

Bis 1990: Westdeutschland

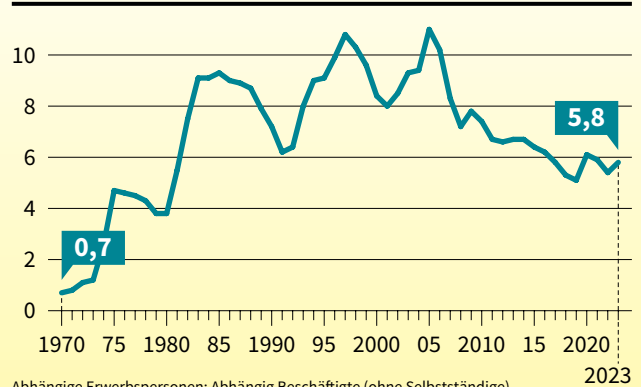
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Analog zur Energiekrise vor 50 Jahren stehen auch heute die öffentlichen Haushalte unter Druck. Um dem Wirtschaftswachstum neue Impulse zu geben, wäre es dennoch geboten, die in Deutschland hohe Steuer- und Abgabenlast zu senken. Die im langfristigen Vergleich immer noch moderate Schuldenlast und Zins-Steuer-Quote bieten dafür die nötigen Finanzierungsspielräume.

## Die Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen in Westdeutschland



Abhängige Erwerbspersonen: Abhängig Beschäftigte (ohne Selbstständige) und registrierte Arbeitslose

Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2024 IW Medien / iwd

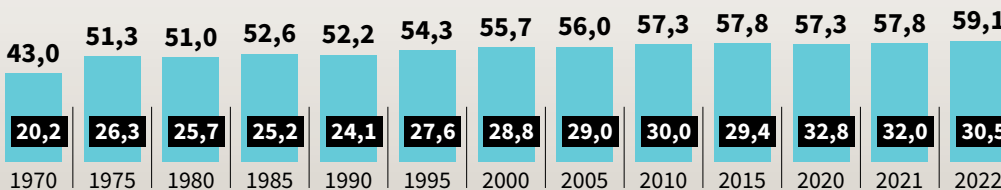
iwd

Infolge der ersten Ölkrise stieg die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik lange Zeit stark. Eine ähnliche Entwicklung ist heute nicht zu erwarten, vor allem aufgrund der gänzlich anderen demografischen Situation. Strömten in den 1970er Jahren die Babyboomer auf den Arbeitsmarkt, gilt es jetzt, den Arbeitskräftemangel zu verringern – unter anderem durch Qualifizierungsmaßnahmen und die Integration zugewanderter Fachkräfte.

## Der Sozialstaat

Anteil der Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung in Deutschland am Sozialbudget in Prozent

■ Im Sozialbudget erfasste Leistungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Bis 1990: Westdeutschland; 2021: vorläufig; 2022: geschätzt

Sozialbudget: umfasst die vom Staat unmittelbar erbrachten Sozialleistungen wie Fürsorgeleistungen, Leistungen der Sozialversicherungen sowie aufgrund gesetzlicher Vorgaben erbrachte oder freiwillige Leistungen des Wirtschaftssektors  
Sozialversicherung: Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, ohne Arbeitslosenversicherung

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Der deutsche Sozialstaat ist in den 1970er Krisen Jahren stark gewachsen. Dabei hat sich auch der Anteil der umlagefinanzierten gesetzlichen Sozialversicherung deutlich erhöht. Heute machen deren Leistungen fast 60 Prozent des gesamten Sozialbudgets aus. Dies ist angesichts der alternden Bevölkerung ein großes Problem, weil es künftig immer weniger Beitragszahler, aber mehr Leistungsempfänger gibt.

# Auf wackeligen Füßen

**Rentenpaket II.** Die Bundesregierung will mit dem geplanten Rentenpaket II das sogenannte Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente auf dem bisherigen Level halten. Die finanziellen Mehrbelastungen für die Beitragszahler sollen zwar langfristig durch ein neues Vermögen gemildert werden. Doch ob die Rechnung aufgeht, ist alles andere als sicher.

1.692 Euro – diese monatliche Rente bekommt eine Rentnerin oder ein Rentner in Deutschland derzeit vor Steuern, wenn er oder sie zuvor 45 Jahre lang mit einem stets durchschnittlichen Einkommen in die Rentenkasse eingezahlt hat. Das Alterseinkommen beträgt damit 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsverdiensts – im Fachjargon wird dies als Sicherungsniveau der Rente bezeichnet.

Diese Kennziffer hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil mit seinem Entwurf zum Rentenpaket II im Blick. Bislang war die Bundesregierung in ihren Vorausberechnungen davon ausgegangen, dass das Sicherungsniveau vor Steuern von zuletzt rund 48 Prozent bis 2035 auf gut 45 Prozent sinken müsse – bei einem von 18,6 auf 21,1 Prozent steigenden Rentenbeitragssatz.

Damit würden die Folgen des demografischen Wandels – heute stehen je 100 Beitragszahlern 52 Rentner gegenüber, in anderthalb Jahrzehnten werden es voraussichtlich 63 sein – auf Rentner und Arbeitnehmer verteilt. Die einen müssten sich mit geringeren Rentenanpassungen zufriedengeben, die anderen höhere Rentenbeiträge zahlen.

Das Rentenpaket II soll nun aber gewährleisten, dass die Renten auch künftig in gleichem Maß steigen wie der Durchschnittsverdienst, das Sicherungsniveau also bei 48 Prozent verharret. Die Politik suggeriert damit, das Armutsrisiko im Alter zu verringern. Allerdings sagt das Sicherungsniveau nichts über die Höhe des individuellen Rentenanspruchs aus, denn das hängt von der jeweiligen Erwerbsbiografie ab – also wie lange jemand gearbeitet und welches Einkommen er oder sie erzielt hat. Zudem ist für das individuelle Armutsrisiko entscheidend, wie hoch die Summe aller Einkommen ist, über die der jeweilige Haushalt verfügt. Dazu zählt also auch die Rente des Ehepartners.

Das Sicherungsniveau der Rente bei 48 Prozent zu halten, ist also kein zielgenaues Mittel gegen Altersarmut. Ziemlich sicher ist dagegen, dass das Vorhaben in den kommenden Jahren viel Geld verschlingen wird, wie eine IW-Schätzung zeigt (Grafik):

**Kommt das Rentenpaket II, werden die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung beispielsweise im Jahr 2035 mit rund 631 Milliarden Euro voraussichtlich um 34 Milliarden Euro höher**

**ausfallen, als nach aktueller Gesetzeslage zu erwarten wäre.**

Bleibt es dabei, dass diese Ausgaben wie zuletzt zu etwa 77 Prozent über Beiträge finanziert würden und der Rest aus Steuermitteln käme, müsste der Bund seinen Zuschuss um 7 bis 8 Milliarden Euro erhöhen. Ob und in welcher Form dann die Steuerzahler zusätzlich zur Kasse gebeten würden, bleibt abzuwarten.

Um die erforderlichen Beitragseinnahmen zu erzielen, käme die Bundesregierung in jedem Fall nicht umhin, die Rentenbeiträge stärker als bislang geplant anzuheben:

**Der Beitragssatz zur Rentenversicherung würde mit dem Rentenpaket II schätzungsweise bis auf 22,3 Prozent im Jahr 2035 steigen.**

Zwar will die Ampelkoalition den Beitragsanstieg bremsen – aber erst ab 2036. Das Rentenpaket II sieht hierzu eine „Stiftung Generationenkapital“ vor. Die Erträge aus dem in diesem Rahmen gebildeten Vermögen sollen ab Mitte der 2030er Jahre dafür sorgen, dass der Rentenbeitragssatz weniger stark steigt, als es sonst nötig wäre.

Dass dieser Plan funktioniert, ist allerdings keineswegs sicher. Um das Stiftungsvermögen aufzubauen, will

der Bund steuerfinanzierte Darlehen bereitstellen – zum Start in diesem Jahr sind das gut 12 Milliarden Euro, in den kommenden Jahren soll der Betrag jeweils um 3 Prozent höher ausfallen. Weitere 15 Milliarden Euro will der Bund aus seinen Vermögensbeständen an die Stiftung übertragen. So sollen bis zum Jahr 2035 insgesamt 200 Milliarden Euro zusammenkommen.

Das setzt allerdings eine jährliche Anlagenrendite von gut 4 Prozent voraus. Auf den ersten Blick ein leicht erreichbarer Wert – ließen sich doch bei längerfristigen Aktienengagements am Kapitalmarkt zuletzt jahresdurchschnittliche Renditen von mehr als 8 Prozent einfahren. Doch in diesem Fall muss der Bund sicherstellen, dass der Vermögenswert jederzeit erhalten bleibt und genug Liquidität verfügbar ist, damit die späteren Überweisungen an die Rentenkasse gewährleistet sind. Diese Risikominimierung lässt die Renditechancen sinken.

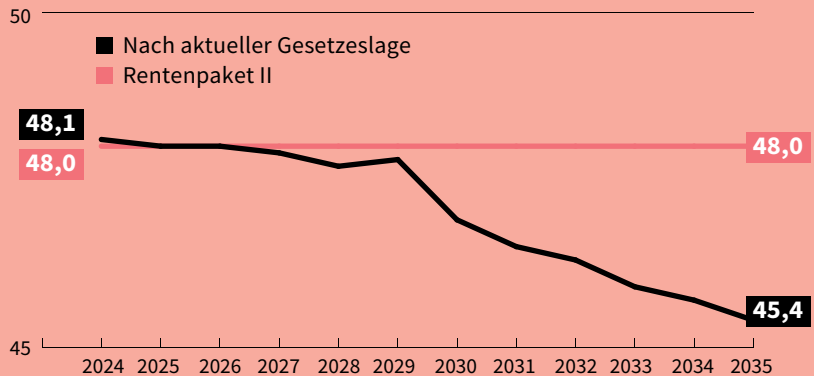
Hinzu kommt: Sollen wie geplant ab 2036 jährlich 10 Milliarden Euro aus dem Stiftungsvermögen an die Rentenkasse fließen, muss dessen Rendite sogar 5 Prozent betragen. Und selbst mit diesen Zuschüssen droht der Beitragssatz über das zu erwartende Niveau von 22,3 Prozent zu steigen, weil die Bevölkerung weiter altert. Folglich müsste der Bund ein noch höheres Vermögen aufbauen, um gegenzusteuern – die Frage ist, ob künftige Bundesregierungen den Vermögensaufbau aus Steuermitteln fortsetzen wollen und können. Sollte dies nicht der Fall sein, sind die Beitragszahler nach 2035 ein weiteres Mal gekniffen.

## Das Rentenpaket II und seine Folgen

*IW-Schätzung auf Basis des aktuellen Rentenversicherungsberichts*

Mit dem geplanten Rentenpaket II will die Bundesregierung das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente bis Ende der 2030er Jahre bei mindestens 48 Prozent fest-schreiben. Den bisherigen Vorausberechnungen zufolge würde das Rentenniveau ab Ende der 2020er Jahre deutlich sinken.

Sicherungsniveau



Sicherungsniveau: Ein Niveau von 48 Prozent bedeutet, dass die Rente eines Standardrentners – der 45 Jahre lang Beiträge gezahlt und stets durchschnittlich verdient hat – vor Steuern genau 48 Prozent des durchschnittlichen Arbeitnehmerverdiensts nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen beträgt

Um das Sicherungsniveau bei 48 Prozent zu halten, müssen die Ausgaben der Rentenversicherung steigen – damit erhöht sich auch der Finanzierungsbedarf.

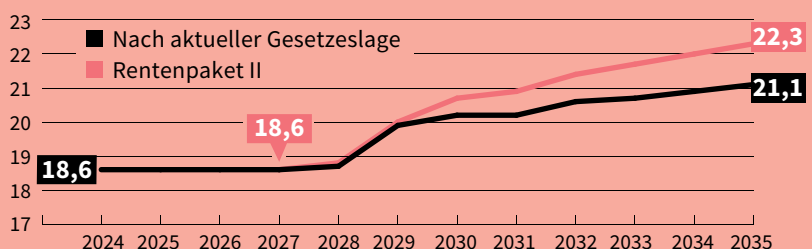
*Beispielrechnung für das Jahr 2035 in Milliarden Euro*

	Nach aktueller Gesetzeslage	Rentenpaket II
<b>Ausgaben</b>	597	631
<b>Zur Finanzierung erforderliche Einnahmen:</b>		
Rentenbeiträge	460	486
Steuerzuschüsse	137	145
<b>Erforderlicher Beitragssatz zur Rentenversicherung in Prozent</b>	21,1	22,3

Annahme: Rentenbeiträge steuern konstant 77 Prozent der Einnahmen bei

Um die nötigen Beitragseinnahmen zu generieren, muss der Beitragssatz also über das bisher zu erwartende Niveau hinaus steigen – und das nicht erst 2035, sondern schon ab Ende der 2020er Jahre.

Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung in Prozent



**IW-Kurzbericht 12/2024**

Jochen Pimpertz: Rentenpaket II – Eine Rechnung mit vielen Unbekannten  
[iwkoeln.de/rentenpaket-2](http://iwkoeln.de/rentenpaket-2)

# Der Trump-Effekt

**USA.** Die Präsidentschaftswahl in den USA naht und mit ihnen die mögliche Wiederwahl des Ex-Präsidenten Donald Trump. Eine zweite Amtszeit Trumps könnte der US-Wirtschaft massiv schaden – die Folgen für Deutschland und die EU wären langfristig sogar noch schlimmer.

Den 5. November 2024 haben sich viele Menschen weltweit im Kalender markiert. An diesem Tag wählen die USA einen neuen Präsidenten. Wen die Republikaner und die Demokraten ins Rennen um das Weiße Haus schicken, steht offiziell zwar erst im Sommer fest. Dennoch deutet alles auf ein erneutes Duell zwischen Amtsinhaber Joe Biden und seinem Vorgänger Donald Trump hin. In aktuellen Umfragen liegen beide

größtenteils gleichauf – Trump hat je nach Forschungsinstitut allerdings die Nase leicht vorn. Auch wenn die Umfragen vor einer US-Wahl generell mit Vorsicht zu betrachten sind – der US-Präsident wird nicht direkt von den Bürgern, sondern von einem zuvor gewählten Wahlgremium bestimmt –, zeichnet sich ab: Trumps Chancen stehen nicht schlecht.

Eine weitere Amtszeit des Republikaners würde wohl vieles auf den

Kopf stellen – sowohl politisch als auch ökonomisch. Denn Trumps Devise lautet nach wie vor: „America first“. Er strebt eine Welthandelsordnung an, die wenig mit verlässlichen Regeln und transatlantischer Partnerschaft zu tun hat, dafür umso mehr mit wirtschaftlichem Protektionismus.

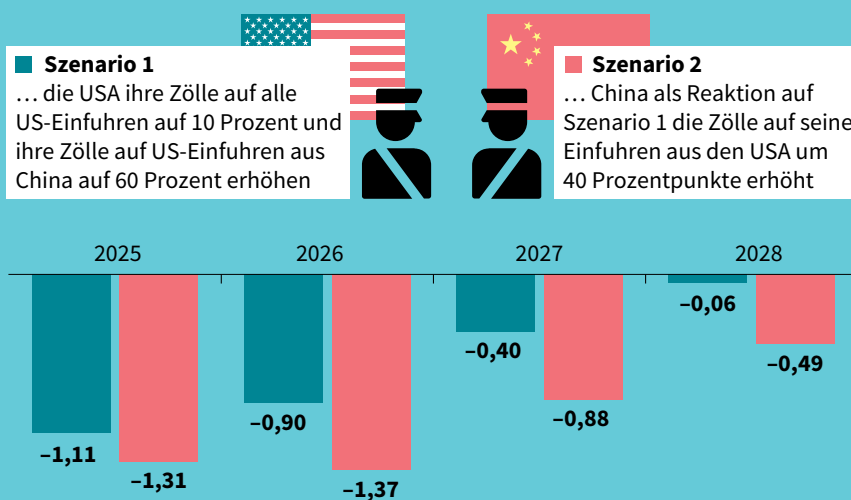
Schon während seiner ersten Amtszeit hatte Trump Strafzölle auf Waschmaschinen, Solaranlagen sowie Stahl- und Aluminiumprodukte aus Europa eingeführt. In dieselbe Richtung gehen seine Ankündigungen für eine zweite Präsidentschaft: Auf alle US-Einfuhren soll es Strafzölle von mindestens 10 Prozent geben, chinesischen Importen droht er sogar mit 60 Prozent. So will Trump das Handelsbilanzdefizit der USA verringern – im Jahr 2023 überstiegen die Importe die Exporte um fast 800 Milliarden US-Dollar.

Neue IW-Berechnungen zeigen, welchen Effekt diese Zollschranken, die frühestens Anfang 2025 – nach der Amtseinführung von Trump – in Kraft treten könnten, auf die US-Wirtschaft hätten (Grafik):

**Erhöhten die USA ab 2025 ihre Zölle wie von Donald Trump geplant (Szenario 1), würde das amerikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im selben Jahr um etwa**

## US-Wirtschaft: Die Folgen einer zweiten Trump-Ära

Um so viel Prozent geringer würde das US-amerikanische reale Bruttoinlandsprodukt ausfallen, wenn ...



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

**1,1 Prozent niedriger ausfallen als im Szenario ohne höhere Zölle.**

Noch stärker würde die US-Wirtschaft schrumpfen, sollte China als Antwort auf die erhöhten US-Zollschranken seinerseits die Strafzölle auf Importe aus den USA erhöhen (Szenario 2). In diesem Fall läge das Minus für die USA 2025 bei rund 1,3 Prozent.

Über die gesamte Amtszeit von vier Jahren beliefen sich die BIP-Verluste für die USA auf fast 600 Milliarden Dollar in Szenario 1 und auf knapp 1 Billion Dollar in Szenario 2. Im ersten Szenario wäre der BIP-Effekt demnach aber kaum noch negativ. Das liegt vor allem an den durch die Zollschranken sinkenden Importen und dem dadurch kleineren Handelsbilanzdefizit der USA.

Außerdem gehen die IW-Forscher davon aus, dass der zu erwartende Vertrauensschock, der sich in rückläufigen privaten Investitions- und Konsumausgaben äußert, bis zum Ende der Amtszeit wieder abgeklungen ist. Im Fall einer Vergeltung Chinas würden die USA auch mittelfristig BIP-Verluste von etwa einem halben Prozentpunkt erleiden, mit leicht abnehmender Tendenz über die Folgejahre.

Deutschland würde der Zollstreit sogar deutlich stärker treffen – vor allem auf lange Sicht (Grafik):

**Erhöhten die USA ab 2025 ihre Zölle (Szenario 1), würde das deutsche BIP im Jahr 2028 etwa 1,2 Prozent niedriger ausfallen als im Basisszenario ohne neuen Handelsstreit.**

In den vier Jahren würden sich die deutschen BIP-Verluste auf gut 120 Milliarden Euro summieren. Im zweiten Szenario – also im Fall von Zollerhöhungen seitens Chinas – könnten es sogar fast 150 Milliarden Euro sein.

Dass ein solcher Zollstreit der Bundesrepublik mehr Schaden

zufügen würde als den USA, liegt daran, dass Deutschland – sowie viele andere EU-Staaten – stark exportorientiert ist. Die hierzulande traditionell positive Handelsbilanz würde sich verschlechtern, während sich die negative Handelsbilanz der USA im Vergleich zum Szenario ohne Zollerhöhungen verbessert.

Um sich für eine zweite Amtszeit Trumps und die damit einhergehenden möglichen Zollschranken zu wappnen, sollte die EU in zwei Richtungen vorgehen: Erstens sollte sie die verbleibende Amtszeit von Präsident Biden nutzen, um die Handelsbeziehungen mit den USA zu stabilisieren. Dazu könnte sie den Trade and Technology Council zurate ziehen, ein Kooperationsforum für Handels- und Technologiefragen zwischen der EU und den USA. Außerdem wäre es wichtig, dass die EU und die USA das Abkommen über kritische Mineralien unterzeichnen, das sie derzeit verhandeln.

Darüber hinaus sollte die EU ihre Beziehungen zu anderen Handels-

partnern stärken, indem sie mehr Freihandelsabkommen schließt, etwa mit Australien, dem Mercosur, Indonesien oder Indien.

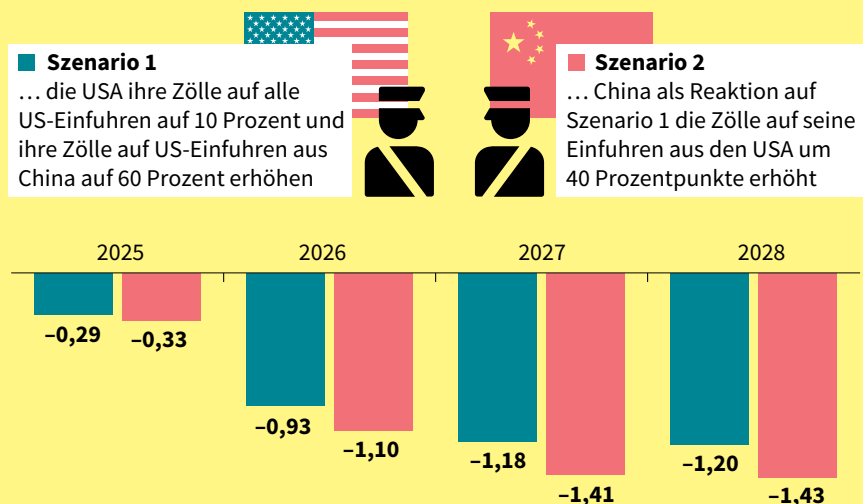
Zuletzt muss die EU dazu bereit sein, selbst glaubhafte Vergeltungsmaßnahmen anzudrohen, sollte Trump dies in einem ersten Schritt tun. Möglich machen könnte dies das von der EU kürzlich geschaffene Anti Coercion Instrument – eine Verordnung, die es der EU erlaubt, Maßnahmen gegen ein Drittland zu ergreifen, das wirtschaftlichen Zwang auf die Union oder eines ihrer Mitgliedsländer ausübt. Denn auch wenn Vergeltungsmaßnahmen den Handelskrieg verschärfen und die ökonomischen Effekte verschlimmern, sind sie im Fall der Fälle aus realpolitischer Perspektive nötig, um dem aggressiven Verhalten der USA etwas entgegenzusetzen.

**IW-Report 14/2024**

Thomas Obst, Jürgen Matthes, Samina Sultan:  
What if Trump is re-elected?  
[iwkoeln.de/trump](http://iwkoeln.de/trump)

**Deutsche Wirtschaft: Die Folgen einer zweiten Trump-Ära**

Um so viel Prozent geringer würde das deutsche reale Bruttoinlandsprodukt ausfallen, wenn ...



Vergleichsbasis: Szenario ohne Zollerhöhungen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd



# Die Rollenmuster der Berufswahl

**Ausbildung.** Frauen und Männer entscheiden sich nach wie vor häufig für ganz bestimmte Berufe. Da der Fachkräftemangel in typischen Männer- und Frauenberufen besonders stark ist, gilt es, Geschlechterklischees bei der Berufswahl stärker aufzubrechen.

Immer mehr Frauen in Deutschland gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Im Juni 2023 waren hierzulande rund 16,1 Millionen Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – fast ein Fünftel mehr als zehn Jahre zuvor.

Trotzdem gibt es noch immer Branchen, in denen Frauen kaum vertreten sind. Der Grund: Vor allem bei der Wahl des Ausbildungsberufs

folgt der Nachwuchs oft althergebrachten Rollenmustern (Grafik):

**Im Jahr 2023 waren die Kauf-frau für Büromanagement, die medizinische sowie die zahnmedizinische Fachangestellte die drei beliebtesten Ausbildungsberufe von Frauen.**

Damit haben sich die beliebtesten Ausbildungsberufe im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert – und

der Männeranteil in ihnen bleibt weiterhin gering: Von den angehenden Azubis zur beziehungsweise zum medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten war höchstens jeder zwanzigste ein Mann.

Die ungleiche Verteilung zeigt sich auch andersherum: In vier der fünf beliebtesten Ausbildungsberufe von Männern betrug der Frauenanteil an allen Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern weniger als 7 Prozent. Nur beim Fachinformatiker lag er mit rund 10 Prozent geringfügig darüber.

In den stereotypen Berufen ist aber immerhin ein leichter Trend hin zu mehr Heterogenität erkennbar. Im Vergleich zu 2020 ist der Anteil der Ausbildungsanfängerinnen in allen Top-5-Ausbildungsberufen der Männer um 1 bis 2 Prozentpunkte gestiegen, ebenso wie der Anteil der Ausbildungsanfänger in den drei beliebtesten Ausbildungsberufen der Frauen. Außerdem herrscht gelegentlich auch Einigkeit zwischen Männern und Frauen:

**Unter den beliebtesten Ausbildungsgängen sind die Verkäuferin/der Verkäufer und die Industriekauffrau/der Industriekaufmann bei beiden Geschlechtern etwa gleichermaßen angesagt.**

## Auszubildende folgen alten Rollenmustern

Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2023 in Deutschland

So viel Prozent aller Ausbildungsanfänger waren ■ Frauen ■ Männer

### Top-5-Ausbildungsberufe von Männern

Beruf	Anzahl	Anteil (%)
Kraftfahrzeugmechatiker/in	21.939	6,6
Fachinformatiker/in	17.142	10,1
Elektroniker/in	14.850	3,1
Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	14.751	2,5
Industriemechaniker/in	10.410	6,8

### Top-5-Ausbildungsberufe von Frauen

Beruf	Anzahl	Anteil (%)
Kaufmann/-frau für Büromanagement	16.644	29,0
Medizinische/r Fachangestellte/r	16.071	5,0
Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r	13.320	4,1
Verkäufer/in	10.251	50,4
Industriekaufmann/-frau	8.571	47,9

Der Blick auf die Branchen, in denen entweder vornehmlich Männer oder Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, zeigt allerdings nach wie vor ein geschlechterspezifisches Muster (Grafik):

**Während in einigen der Bau- und Metallberufe weniger als 5 Prozent der Beschäftigten Frauen sind, beträgt ihr Anteil in bestimmten Berufen des Erziehungs- und Gesundheitswesens mehr als 80 Prozent.**

Neben der Berufswahl der Auszubildenden ist dafür auch die Wahl des Studiengangs angehender Akademiker verantwortlich. Zwar entscheiden sich Frauen mittlerweile häufiger für eine akademische Laufbahn. Im aktuellen Wintersemester 2023/24 sind rund 1,46 Millionen Frauen an deutschen Hochschulen eingeschrieben, 15 Jahre zuvor waren es erst gut 968.000 Studentinnen. Damit ist das Geschlechterverhältnis im Studium mittlerweile leicht in Richtung der Frauen gekippt: Ihr Anteil im laufenden Semester liegt bei 50,9 Prozent – im Wintersemester 2008/2009 waren es noch 47,8 Prozent.

Dennoch sind technische und naturwissenschaftliche Fächer oft noch Männerdomäne. Im Wintersemester 2022/2023 studierten zum Beispiel 76.000 Männer und nur 11.000 Frauen Maschinenbau/-wesen, in Wirtschaftsinformatik waren 52.000 Männer und 14.000 Frauen eingeschrieben. Andersherum waren Frauen beispielsweise im Studiengang Erziehungswissenschaften mit 47.500 weiblichen und 13.000 männ-

### Berufe: Typisch Frau, typisch Mann?

Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Berufsgruppen mit dem ... in Deutschland in Prozent

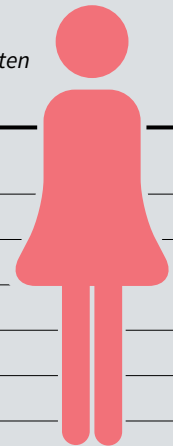
#### ... niedrigsten Frauenanteil

Hoch- und Tiefbauberufe	2,0
(Innen-)Ausbauberufe	3,8
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	4,6
Führung von Fahrzeugen und Transportgeräten	6,1
Metallerzeugung, -bearbeitung und -bau	9,4

#### ... höchsten Frauenanteil

Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	83,9
Medizinische Gesundheitsberufe	81,2
Nicht medizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	78,3
Berufe in Recht und Verwaltung	75,2
Reinigungsberufe	73,3

Stand: Juni 2023  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2024 IW Medien / iwd



iwd

lichen Studierenden stärker vertreten, ebenso wie im Fach Soziale Arbeit, das zu diesem Zeitpunkt rund 65.000 Frauen und 19.000 Männer studierten.

An der unterschiedlichen Studien- beziehungsweise Berufswahl der Geschlechter ist grundsätzlich nichts auszusetzen, wenn die Wahl den jeweiligen Vorlieben entspricht. Dennoch gibt es gute Gründe dafür, junge Menschen zu ermutigen, die traditionellen Pfade zu verlassen und sich von stereotypen Vorstellungen zu lösen. Schließlich ist der Fachkräftemangel in typischen Männer- und Frauenberufen besonders stark.

Um Geschlechterklischees bei der Berufswahl aufzubrechen, braucht es zum Beispiel in der Berufsorientierung an der Schule eine neutrale Ansprache, die sich nicht auf ein Geschlecht fokussiert. Auch das betriebliche Engagement zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, welches Mütter und Väter gleichermaßen in den Blick nimmt, kann helfen. Und für vermeintlich körperlich anstrengende Berufe sollten Unternehmen und Schulen noch stärker kommunizieren, wie sehr sich einst kräftezehrende Jobs dank des technischen Fortschritts gewandelt haben.

#### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schraff, Alexander Weber  
**Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

**Zahl der Woche**

Milliarden Eier wurden im vergangenen Jahr in Deutschland in Betrieben mit mindestens 3.000 Hennen produziert. Das klingt viel, es sind aber 0,7 Prozent weniger als noch ein Jahr zuvor. Gegessen werden in Deutschland pro Jahr sogar 19,9 Milliarden Eier – gerade rund um Ostern dürften viele weiße, braune oder bunte Eier auf den Tellern landen. Damit ist Deutschland auf Importe angewiesen, um den Bedarf zu decken. Drei Viertel der eingeführten Eier kommen aus den Niederlanden, Lieferant Nummer zwei ist Belgien. Von den hierzulande produzierten Eiern stammen knapp 59 Prozent aus Bodenhaltung der Hennen – vor fünf Jahren waren es noch gut 62 Prozent. Die übrigen Eier kommen aus Freilandhaltung (23 Prozent), ökologischer Erzeugung (knapp 14 Prozent) sowie Haltung in Kleingruppen (rund 5 Prozent).

## Top-Liste: Ungleiches Inflationausgleich

Fast 80 Prozent der Tarifbeschäftigten haben bislang eine Inflationausgleichsprämie erhalten oder bekommen sie noch ausgezahlt. Im Schnitt beläuft sie sich auf 2.761 Euro – die steuerfreie Sonderzahlung ist bis maximal 3.000 Euro möglich. Doch zwischen den Branchen gibt es große Unterschiede: Die niedrigsten Prämien erhalten Tarifbeschäftigte in der Bauindustrie mit rund 1.100 Euro, die höchsten mit 3.000 Euro werden im Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ gezahlt. Auch wie viele Tarifbeschäftigte die Prämie erhalten, ist unterschiedlich – im Handel bekommen sie rund 24 Prozent, im Gastgewerbe nur 6 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe profitieren dagegen 96 Prozent der Beschäftigten.

### Inflationausgleich: Die großzügigsten Branchen

So viel Prozent der Tarifbeschäftigten dieser Branchen erhielten oder erhalten noch eine Inflationausgleichsprämie

■ Durchschnittliche Prämienhöhe in Euro

🏭 Verarbeitendes Gewerbe	96,1	2.780
💧 Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	96,0	2.943
⚙️ Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	92,4	2.085
🏠 Grundstücks- und Wohnungswesen	92,3	2.106
🏛️ Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	92,1	3.000
🏥 Gesundheits- und Sozialwesen	90,6	2.853
🎓 Erziehung und Unterricht	90,4	2.999
🎨 Kunst, Unterhaltung und Erholung	90,2	2.987
⚡ Energieversorgung	88,9	2.878
🏗️ Baugewerbe	86,0	1.104
...		
🍽️ Gastgewerbe	6,3	2.805

Stand: Anfang März 2024;

Inflationausgleichsprämie: steuerfreie Sonderzahlung bis zu einer Höhe von 3.000 Euro, die zwischen Oktober 2022 und Ende 2024 als Gesamtbetrag oder gestaffelt ausgezahlt werden kann; inklusive tariflich vereinbarter, aber noch ausstehender Auszahlungen

Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Neu

Neu auf [iwd.de](https://iwd.de):



## Die größten Städte der Welt

Die Welt verstädert: Schon jetzt leben von rund acht Milliarden Menschen mehr als die Hälfte – nämlich 4,6 Milliarden – in einer Stadt. In welcher die meisten von ihnen wohnen, lesen Sie auf [iwd.de/megaestaedte](https://iwd.de/megaestaedte).